

Nachrichten aus Brüssel

Illustration: Simplifyline/stock.adobe.com

EU-Kommission stellt Programm vor

Die Europäische Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für 2020 präsentiert. Es trägt den Titel „Eine Union, die mehr erreichen will“ und spiegelt die politischen Leitlinien wider, die die neue Präsidentin Ursula von der Leyen vor ihrer Wahl vorgestellt hatte. Das Arbeitsprogramm legt den Schwerpunkt auf die Themen Klimaschutz und Digitalisierung. In den aus zahnärztlicher Sicht wichtigen Bereichen Binnenmarkt und Gesundheit sind hingegen keine neuen Gesetzgebungsvorschläge zu erwarten. Beim Binnenmarkt setzt die EU-Kommission vor allem auf die Durchsetzung bestehenden EU-Rechts.

Anders als in den letzten Jahren spielt der Gesundheitsbereich im Programm zumindest eine gewisse Rolle. So kündigt die Kommission an, im vierten Quartal einen europäischen Plan zur Krebsbekämpfung vorzulegen, um die EU-Mitgliedstaaten bei der Krebsvorbeugung und -behandlung zu unterstützen. Ferner wird für das vierte Quartal eine Arzneimittelstrategie in Aussicht gestellt. Zusammen mit der Ausarbeitung des Brexit-Folgeabkommens mit Großbritannien sowie der Verabschiedung des EU-Finanzrahmens von 2021 bis 2027 dürften Klima und Digitalisierung die beherrschenden Themen der kommenden Monate sein.

Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau

Im zweijährlichen Rhythmus veröffentlicht die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission die Ergebnisse des Studienprojekts „Gesundheitszustand in der EU“. Anhand von über 80 Indikatoren werden dabei die Gesundheit der Einwohner und die Gesundheitssysteme von über 40 Ländern verglichen.

Der jüngste Vergleich zeigt, dass Deutschland einen umfassenden Leistungskatalog, ein hohes Niveau an Gesundheitsleistungen und einen guten Zugang zur Gesundheitsversorgung bietet. Allerdings gibt die Bundesrepublik pro Person mehr für die Gesundheit aus als andere EU-Länder, ohne signifikant bessere Ergebnisse zu erreichen. 2017 machten die gesamten Gesundheitsausgaben 11,2 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts aus, was über dem EU-Durchschnitt von

9,8 Prozent lag. Umgerechnet wurden 2017 in Deutschland 4.300 Euro pro Kopf für die Gesundheitsversorgung ausgegeben – 1.400 Euro mehr als im EU-Durchschnitt.

EU-Parlament diskutiert über Freie Berufe

Eine Anhörung zu den Freien Berufen veranstaltete die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im EU-Parlament. Etwa 100 Zuhörer verfolgten die Diskussion unter dem Titel „Freie Berufe in Europa – welche Herausforderungen liegen vor uns?“. Die Teilnehmer gingen auf verschiedene Herausforderungen der Freien Berufe ein, wobei wiederholt die zunehmende Kommerzialisierung freiberuflicher Dienstleistungen sowie der Einsatz künstlicher Intelligenz genannt wurden. Wahrnehmbar war bei allen Vertretern der Berufsorganisationen eine eher kritische Grundhaltung gegenüber jüngsten Initiativen der EU-Kommission im Bereich der regulierten Berufe. Die Anhörung war vor allem als politisches Signal aus dem Parlament gedacht und sollte zum Ausdruck bringen, dass man den Belangen der Freien Berufe mehr Gehör schenken möchte.

Machbarkeitsstudie zum Amalgam-Ausstieg

Nach den Vorgaben der 2017 verabschiedeten EU-Quecksilberverordnung muss die EU-Kommission dem Europäischen Parlament bis Mitte 2020 eine Machbarkeitsstudie über einen europaweiten Ausstieg aus der zahnmedizinischen Nutzung von Amalgam vorlegen. Die Arbeiten gehen auf die Zielgerade. Bei einem Workshop in Brüssel, an dem sich auch der europäische Dachverband der Zahnärzte, der Council of European Dentists, beteiligte, wurden die Vor- und Nachteile des Werkstoffs intensiv diskutiert. Die Machbarkeitsstudie wird voraussichtlich im Frühjahr vorliegen.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK